

SCHRIFTENREIHE
Band 14

HANS WALTER LOUIS
JOCHEN SCHUMACHER
(Hrsg.)

Natur und RECHT

MARTIN GELLERMANN
PETER-TOBIAS STOLL
DETLEF CZYBULKA

Handbuch des Meeresnaturschutzrechts in der Nord- und Ostsee

Nationales Recht unter Einbezug
internationaler und europäischer Vorgaben

 Springer

Schriftenreihe Natur und Recht

Band 14

Herausgegeben von

Prof. Dr. Hans Walter Louis LL.M. (UC Los Angeles), Braunschweig
und Ass. jur. Jochen Schumacher, Tübingen

Martin Gellermann • Peter-Tobias Stoll
Detlef Czybulka

Handbuch des Meeresnaturschutzrechts in der Nord- und Ostsee

Nationales Recht unter Einbezug inter-
nationaler und europäischer Vorgaben

Unter Mitarbeit von Sven Mißling



Springer

apl. Prof. Dr. Martin Gellermann
Anwaltskanzlei Gellermann
Westerkappeln
Deutschland

Prof. Dr. Peter-Tobias Stoll
Universität Göttingen
Institut für Völker- und Europarecht
Göttingen
Deutschland

Prof. Dr. Detlef Czybulka
Universität Rostock
Juristische Fakultät
Rostock
Deutschland

Dr. Sven Mißling
Universität Göttingen
Institut für Völker- und Europarecht
Göttingen
Deutschland

Gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU). Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen des Auftraggebers übereinstimmen.

ISSN 0942-0932

ISBN 978-3-642-25416-1

e-ISBN 978-3-642-25417-8

DOI 10.1007/978-3-642-25417-8

Springer Heidelberg Dordrecht London New York

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2012

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 9. September 1965 in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem Papier

Springer ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Vorwort

Auch wenn sich längst die Erkenntnis Bahn gebrochen hat, dass die Meeresumwelt der Nord- und Ostsee verletzlich ist und ihre ungesteuerte Nutzung die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten, ihrer Lebensräume sowie der oftmals sensiblen marinen Ökosysteme ernstlich bedroht, ermangelte es lange Zeit spezifisch naturschutzrechtlicher Regelungen, die der bedenklichen Entwicklung Einhalt hätten gebieten können. Mit Inkrafttreten des neuen Bundesnaturschutzgesetzes hat sich die Lage grundlegend geändert. Seit dem 1.3.2010 sind die Vorschriften des Gesetzes nicht mehr nur im deutschen Hoheitsgebiet, sondern auch in den Meeresbereichen der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels beachtlich, soweit dies mit den Vorgaben des Seevölkerrechts vereinbar ist.

Diese Geltungserstreckung trägt einschlägigen Erfordernissen des europäischen Naturschutzrechts sowie der zunehmend gewachsenen Erkenntnis Rechnung, dass es auch jenseits der 12 sm-Zone wertvolle und schutzbedürftige Naturgüter gibt, die es mit den Mitteln des Naturschutzrechts zu bewahren gilt. Der korrekte Umgang mit den einschlägigen Bestimmungen stellt die Vollzugspraxis allerdings vor neue Herausforderungen. Die in Ansehung der Gegebenheiten einer Flächennutzung in terrestrischen Räumen entwickelten naturschutzrechtlichen Instrumentarien sind nicht bloß unter besonderer Berücksichtigung der in den Meeresbereichen obwaltenden natürlichen Ausgangsbedingungen, sondern stets auch unter strikter Wahrung der einschlägigen völker- und unionsrechtlichen Vorgaben anzuwenden.

Vor diesem Hintergrund besteht die Aufgabe des im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) erarbeiteten Handbuchs darin, „Schneisen durch das Regelungsdickicht“ des in der deutschen Nord- und Ostsee beachtlichen Meeresnaturschutzrechts zu schlagen, um auf diesem Wege praktische Hilfestellung für Entscheidungssituationen zu bieten, in denen es Konflikte zwischen den Schutz- und Nutzungsinteressen zu bewältigen gilt. Das Handbuch wendet sich an die Praktiker in der Verwaltung, Planungsbüros, Rechtsanwälte und Naturschutzvereinigungen, nicht zuletzt aber auch an die Rechtsprechung, die sich künftig sicherlich noch mit Rechtsfragen des Meeresnaturschutzes wird befassen müssen.

Für das Entstehen der Schrift ist vielfältiger Dank auszusprechen. Er gilt in erster Linie Frau Dr. Carolin Kieß, die das Forschungsprojekt betreut hat, sowie allen Mitarbeitern des Bundesamtes für Naturschutz, die mit konstruktiv-kritischen An-

merkungen und zahlreichen Hinweisen zum Gelingen des Handbuchs beigetragen haben. Zu besonderem Dank sind die Autoren auch Herrn Prof. Dr. Alexander Proelß verpflichtet, der sich der Mühe unterzogen hat, die Entstehung des Werkes beratend zu begleiten. Dank gebührt schließlich Herrn Prof. Dr. Hans-Walter Louis und Herrn Jochen Schumacher für ihre freundliche Bereitschaft zur Aufnahme des Handbuchs in die Schriftenreihe Natur und Recht.

Das Manuskript wurde im März 2011 abgeschlossen. Zu späterem Zeitpunkt veröffentlichte Rechtsprechung und Literatur konnte nur noch vereinzelt berücksichtigt werden.

Westerkappeln/Göttingen/Rostock
im August 2011

Martin Gellermann
Peter-Tobias Stoll
Detlef Czybulka

Bearbeiterverzeichnis

Einleitung	Martin Gellermann
§ 1	Martin Gellermann
§ 2 A	Martin Gellermann
§ 2 B	Peter-Tobias Stoll/Sven Mißling
§ 2 C	Martin Gellermann mit Ausnahme von § 2 C III – Detlef Czybulka
§ 2 D	Martin Gellermann
§ 3 A	Sven Mißling
§ 3 B-E	Martin Gellermann
§ 4	Martin Gellermann mit Ausnahme von § 4 B II 3 – Detlef Czybulka
§ 5 A	Sven Mißling
§ 5 B	Martin Gellermann mit Ausnahme von § 5 I 3 b) bb) – Detlef Czybulka
§ 6	Martin Gellermann
§ 7	Martin Gellermann
§ 8 A	Peter-Tobias Stoll
§ 8 B	Martin Gellermann
§ 9	Martin Gellermann
§ 10	Sven Mißling
§ 11 A	Martin Gellermann
§ 11 B, C	Sven Mißling
§ 12	Peter-Tobias Stoll
§ 13	Peter-Tobias Stoll
§ 14	Detlef Czybulka
§ 15	Martin Gellermann
§ 16 A	Martin Gellermann
§ 16 B	Martin Gellermann mit Ausnahme § 16 B IV – Sven Mißling
§ 16 C	Sven Mißling
§ 16 D	Detlef Czybulka
§ 17	Martin Gellermann

- § 18 Martin Gellermann
- § 19 Martin Gellermann
- § 20 Martin Gellermann

Zitiervorschlag: *Bearbeiter*, in: Gellermann/Stoll/Czybulka, Handbuch Meeres-
naturschutzrecht, S. ...

Inhalt

Einführung	1
A. Nutzung und Schutz von Nord- und Ostsee	1
B. Meeresnaturschutz und Vollzugspraxis	2
Teil I Grundlagen des Meeresnaturschutzes	
§1 Meeresbiodiversität und ihre Gefährdung in Nord- und Ostsee	7
A. Artenschwund und Lebensraumverluste	7
B. Wesentliche Gefährdungsfaktoren im Überblick	9
I. Nährstoff- und Schadstoffbelastungen	9
II. Fischerei	11
III. Schifffahrt	12
IV. Lokale Eingriffe	13
C. Erkenntnis- und Bewertungsunsicherheiten	16
§2 Recht des Meeresnaturschutzes im Überblick	19
A. Grundlagen	19
I. Meeresnaturschutz als Gegenstand rechtlicher Regelungen	19
1. Naturschutzrecht im engeren und weiteren Sinne	19
2. Recht des Meeresnaturschutzes als Konglomerat völker-, europa- und nationalrechtlicher Regelungen	20
II. Einteilung der Meereszonen und rechtliche Konsequenzen	20
1. Innere Gewässer und Küstenmeer	21
2. Ausschließliche Wirtschaftszone und Festlandsockel	21
3. Hohe See	22
B. Thematisch einschlägiges Völkerrecht	22
I. Die „Verfassung der Meere“ – Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen	23
II. Schutz der Meeresbiodiversität – Übereinkommen über die biologische Vielfalt	24
III. Naturschutzrechtliche Vorgaben in regionalen Übereinkommen	24

IV. Konventionen mit Bezügen zum marinen Habitat- und Artenschutz	25
V. Weitere naturschutzrelevante Abkommen	26
C. Recht der Europäischen Union	27
I. Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie	27
II. Europäisches Naturschutzrecht	28
1. Habitat- und Artenschutzrecht	28
2. Naturschutzrelevante Rechtsvorschriften	29
III. Europäisches Fischereirecht	30
D. Nationales Recht	31
I. Verfassungsrechtliche Bezüge des Meeresnaturschutzes	31
II. Nationales Meeresnaturschutzrecht	32
III. Naturschutzrelevantes Recht	33

Teil II Recht des Meeresnaturschutzes im engeren Sinne

§ 3 Aufbau und Schutz mariner Schutzgebiete	37
A. Meeresschutzgebiete in völkerrechtlicher Perspektive	37
I. Zulässigkeit der Einrichtung von Marine Protected Areas (MPA's)	37
II. Völkerrechtliche Vorgaben zum Gebietsschutz	38
1. Schutzgebiete als Mittel des Biodiversitätsschutzes (CBD)	38
2. Die Schutzgebietsprogramme von HELCOM und OSPAR	39
3. Schutz der Lebensräume als Mittel des Artenschutzes (z. B. Bonner und Berner Konvention)	40
B. Habitatschutzrechtliche Vorgaben des Unionsrechts im Überblick	41
C. Meeresschutzgebiete des Netzes „Natura 2000“	42
I. Rechtsgrundlagen des bundesdeutschen Naturschutzrechts	42
II. Einrichtung mariner Natura 2000-Gebiete	43
1. Auswahl und Meldeprozess	43
a. Auswahl und Meldung mariner Vogelschutzgebiete	45
b. Auswahl und Meldung mariner FFH-Gebiete	46
2. Erklärung zum besonderen Schutzgebiet	48
a. Pflicht zur rechtsverbindlichen Unterschutzstellung	48
b. Geeignete Schutzkategorien	49
c. Inhalt der Schutzzerklärung	50
aa. Bestimmung des Schutzzwecks	50
bb. Bestimmung der Gebietsbegrenzungen	52
cc. Gewährleistung des europäischen Mindestschutzes	52
(1) Unterschutzstellung mariner Natura 2000-Gebiete in den Küstengewässern.....	52
(2) Unterschutzstellung mariner Natura 2000-Gebiete im Bereich der AWZ.....	53
3. Bestand der Schutzgebiete im Küstenmeer und in der AWZ	54

III. Mechanismen des Gebietsschutzes nach der Erklärung zum besonderen Schutzgebiet – dargestellt am Beispiel der Naturschutzgebiete „Östliche Deutsche Bucht“ und „Pommersche Bucht“ 55

1. Grundlagen und Überblick 56

2. Verbote, Ausnahmen, Befreiungen 56

 a. Inhalt und Reichweite der Verbote 56

 aa. Aquakulturen und Verklappung von Baggergut (§ 4 Abs. 2 NSG-VO) 56

 bb. Verbote des § 4 Abs. 1 NSG-VO 57

 (1) Künstliche Inseln, Anlagen, Bauwerke (§ 4 Abs. 1 Nr. 2 NSG-VO) 57

 (a) Tatbestandsmäßige Handlungen 57

 (b) Begrenzung der Reichweite des Verbots 58

 (2) Schutzgutbezogene Handlungen (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 NSG-VO) 60

 (a) Tatbestandsmäßige Handlungen 60

 (b) Begrenzung der Reichweite des Verbots 61

 b. Ausnahmen und Befreiungen nach § 6 NSG-VO 62

 aa. Grundlagen 62

 bb. Ausnahmen 63

 cc. Befreiungen 63

 c. Befreiungen nach § 67 Abs. 2 BNatSchG 64

3. Verträglichkeits- und Ausnahmepfung bei bestimmten Vorhaben und Maßnahmen (§ 5 Abs. 1 NSG-VO) 65

 a. Vorhaben und Maßnahmen im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 NSG-VO 66

 b. FFH-Vorprüfung („Screening“) 67

 c. FFH-Verträglichkeitsprüfung (FFH-VP) 68

 aa. Auswirkungsprognose 68

 bb. Bewertungen der Auswirkungen – Erheblichkeitsbeurteilung 69

 cc. Durchführung der Prüfung – Dokumentation 72

 d. Ausnahmepfung 73

 aa. Ordnungsgemäße FFH-VP als Anwendungsvoraussetzung des § 34 Abs. 3 bis 5 BNatSchG 73

 bb. Zumutbare Alternativen 73

 cc. Zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses 75

 dd. Kohärenzausgleich in marinen Bereichen 78

 e. Integration habitatschutzrechtlicher Prüfungen in fachbehördliche Zulassungsverfahren 79

4. Verträglichkeits- und Ausnahmepfung bei Plänen 79

 a. Aussage und Bedeutungsgehalt des § 5 Abs. 2 S. 1 NSG-VO ... 80

b. Verträglichkeitsprüfung bei Eignungsgebietsfestlegungen ...	80
c. Ziele und Grundsätze der Raumordnung in der AWZ	81
IV. Mechanismen des Gebietsschutzes vor der Erklärung zum besonderen Schutzgebiet	81
1. Gebietskategorien	82
2. Gebiete der Gemeinschaftsliste vor ihrer Unterschutzstellung ...	82
a. Grundlagen	82
b. Das allgemeine Verschlechterungs- und Störungsverbot	83
c. Zulassung von Projekten	85
aa. Projektbegriff	85
bb. Verträglichkeits- und Ausnahmeprüfung	86
(1) Erfordernis einer FFH-Vorprüfung	86
(2) Erhaltungsziele als Bewertungsmaßstab der Verträglichkeitsprüfung	86
(3) Erheblichkeitsbeurteilung und Erheblichkeitssschwellen	87
(4) Ausnahmeprüfung	89
(5) Trägerverfahren der habitatschutzbezogenen Prüfung	89
d. Zulassung von Plänen	89
3. Vorverlagerung des Gebietsschutzes	90
a. Faktische Vogelschutzgebiete	90
b. Potenzielle FFH-Gebiete	91
D. Nationale Meeresschutzgebiete	93
E. Fortentwicklung des Gebietsnetzes	94
I. Anforderungen des europäischen Habitatschutzrechts	94
II. Vorgaben der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie	95
§ 4 Gesetzlich geschützte Biotop	97
A. Geschützte Biotoptypen im Meeresbereich	97
B. Das maßgebliche Schutzregime	98
I. Zerstörungs- und Beeinträchtungsverbot	98
II. Geltungsgrenzen des Zerstörungs- und Beeinträchtungsverbots ...	100
1. Geltung der Verbote im Meeresbereich der AWZ	100
2. Gewinnung von Bodenschätzen	101
3. Fischerei	101
III. Ausnahmen und Befreiungen	103
1. Erteilung einer Ausnahme	103
2. Befreiung	104
§ 5 Mariner Artenschutz	107
A. Anforderungen des internationalen und europäischen Rechts	107
I. Artenschutz als Gegenstand des Völkerrechts	107
1. Biodiversität und Artenschutz	108
2. Spezifische Vorgaben einschlägiger Artenschutzkonventionen ...	109
a. Jagd, Tötung, Naturentnahme	110

b. Störung	112
c. Schutz der Lebensstätten	113
II. Europäisches Artenschutzrecht	114
B. Mariner Artenschutz im Naturschutzrecht des Bundes	115
I. Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG	116
1. Geschützte Arten im marinen Bereich	116
2. Verbotene Handlungen	117
a. Jagd, Tötung, Naturentnahme	117
b. Erhebliche Störungen	119
c. Schädigung der Fortpflanzungs- und Ruhestätten	123
3. Geltungsgrenzen der Zugriffsverbote	124
a. Geltung der Zugriffsverbote im Meeresbereich der AWZ	124
b. Privilegierung bestimmter Handlungen	125
aa. Fischereiwirtschaftliche Bodennutzung	125
bb. Eingriffsvorhaben	126
cc. Gesetzlich geforderte Umweltprüfungen	128
II. Ausnahmen, § 45 Abs. 7 BNatSchG	129
1. Voraussetzungen der Erteilung einer Ausnahme	129
a. Ausnahmegründe	129
b. Alternativlosigkeit	132
c. Erhaltungszustand der Populationen	133
aa. Artenschutzrechtliches Verschlechterungsverbot	134
bb. Weitergehende Anforderungen des Art. 16 FFH-RL	136
2. Behördliches Ermessen	139
§ 6 Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung	141
A. Veränderungen im Meeresbereich als Eingriff in Natur und Landschaft ...	141
I. Eingriffshandlung – Grundflächenbezug relevanter Einwirkungen ...	142
II. Eingriffswirkung – Möglichkeit erheblicher Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und Landschaftsbildes	143
1. Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts	143
2. Landschaftsbild	144
III. Privilegierung der fischereiwirtschaftlichen Bodennutzung	145
B. Das Eingriffsfolgenregime	145
I. Geltungs- und Anwendungsgrenzen des § 15 BNatSchG	146
II. Bewältigung der Eingriffsfolgen	147
1. Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen	147
2. Pflicht zur Naturalkompensation	149
3. Versagung des Eingriffs	151
4. Ersatzgeld	153
III. Zuständigkeit und Verfahren	153
§ 7 Haftung für Umweltschäden im Bereich der Meeresbiodiversität	155
A. Grundlagen	155
B. Kernfragen der Einstandspflicht für Schädigungen der Meeresbiodiversität	156

I. Anwendungsbereich	156
II. Biodiversitätsschäden im Meeresbereich	157
1. Die maßgeblichen Schutzgüter	157
2. Erheblich nachteilige Auswirkungen	158
3. Legalausnahmen	160
III. Der Verantwortliche	161
IV. Einstandspflichten im Überblick	161
C. Bedeutung der Einstandspflicht für lokale Eingriffe	162

Teil III Schutz von Arten und Lebensräumen vor lokalen Eingriffen

§ 8 Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen	167
A. Thematisch einschlägige Vorgaben des Völker- und EU-Rechts	167
I. Völkerrecht	167
II. EU-Recht	168
B. Bundesberggesetz (BBergG)	168
I. Grundlagen	169
II. Bergrechtliches Konzessionsverfahren	170
1. Zuständigkeit und Verfahren	170
2. Naturschutz als Versagungsgrund	171
III. Bergrechtliche Betriebspläne	173
1. System der Betriebspläne im Überblick	173
2. Zulassung herkömmlicher bergrechtlicher Betriebspläne	174
a. Das Betriebsplanzulassungsverfahren	174
aa. Einreichung des Betriebsplans	174
bb. Beteiligung anderer Behörden	175
cc. Naturschutzbezogene Verfahrensanforderungen	175
b. Naturschutz im bergbehördlichen Prüfungsprogramm	177
aa. Zulassungsvoraussetzungen des § 55 BBergG	177
(1) § 55 Abs. 1 S. 1 Nr. 9 BBergG	177
(2) § 55 Abs. 1 S. 1 Nr. 11 BBergG	178
(3) § 55 Abs. 1 S. 1 Nr. 13 BBergG	180
(4) Konkretisierung durch die Festlandsockel- Bergverordnung	180
bb. Ergänzung des Prüfprogramms durch § 48 Abs. 2 BBergG	181
(1) Habitatschutzrechtliche Anforderungen	181
(2) Schutzbestimmungen des Biotop- und Artenschutzrechts	182
(3) Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung	183
c. Zusätzliche naturschutzrechtliche Gestattungen	183
3. Die bergrechtliche Planfeststellung	184
a. Planfeststellungspflichtige Vorhaben	184
b. Das bergrechtliche Planfeststellungsverfahren	185
aa. Behördliches Verlangen und Scoping	185
bb. Vorzulegende Unterlagen	186

- cc. Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung 187
- dd. Zusammenfassende Darstellung 188
- c. Planfeststellungsbeschluss 188
- 4. Rechtsfragen des Habitatschutzes im bergrechtlichen Betriebsplanverfahren 189
 - a. Rahmenbetriebsplan als maßgebliche Verfahrensstufe für die habitatschutzrechtlichen Prüfungen 189
 - b. Habitatschutz bei der Zulassung von Haupt- oder Sonderbetriebsplänen 190
- §9 Errichtung und Betrieb von Anlagen 193**
 - A. Thematisch einschlägige Vorgaben des Völker- und EU-Rechts 193
 - I. Völkerrecht 193
 - II. EU-Recht 194
 - B. Errichtung und Betrieb von Seeanlagen 195
 - I. Geltungsbereich 195
 - II. Genehmigungserfordernis 196
 - III. Zuständigkeit und Verfahren 196
 - 1. Antrag und Unterlagen 197
 - 2. Beteiligung von Behörden und sonstigen Stellen 197
 - 3. Umweltverträglichkeitsprüfung 198
 - IV. Versagung der Genehmigung – Das materielle Prüfungsprogramm 199
 - 1. Gefährdung der Meeresumwelt 200
 - a. Die Regelbeispiele 200
 - aa. Besorgnis der Verschmutzung der Meeresumwelt 200
 - bb. Gefährdung des Vogelzuges 201
 - b. Grundtatbestand einer Gefährdung der Meeresumwelt 201
 - 2. Überwiegende öffentliche Belange 203
 - a. Erfordernisse der Raumordnung 203
 - b. Sonstige überwiegende öffentliche Belange 204
 - aa. Habitatschutzrecht 204
 - bb. Biotop- und Artenschutz 206
 - cc. Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung 206
 - V. Zusätzliche naturschutzrechtliche Gestattungen 207
 - VI. Verlängerung der Genehmigung 207
 - C. Änderungen der Seeanlagenverordnung 209
 - D. Errichtung und Betrieb von Anlagen in Küstengewässern – dargestellt am Beispiel der Windkraftnutzung 210
 - I. Grundlagen 210
 - II. Genehmigungsbedürftigkeit 211
 - III. Genehmigungsverfahren 211
 - IV. Materiell-rechtliche Anforderungen 212
 - 1. Immissionsschutz 213
 - a. Schädliche Umwelteinwirkungen 213
 - b. Sonstige schädliche Einwirkungen 215